

Inklusives Bildungssystem: Förderung hat Vorrang

Die sächsischen Lehrerverbände hatten am 22. Januar 2011 zum Schulpolitischen Forum in Dresden eingeladen. Rund 130 Teilnehmer diskutierten über aktuelle schulische Entwicklungen.

„Inklusion zwischen Auftrag und Realität“, der Vortrag von Prof. Dr. Clemens Hillenbrand, Lehrstuhlinhaber für Sonderpädagogik an der Uni Oldenburg, machte deutlich, dass Inklusion nicht gleichzusetzen ist mit Integration. Inklusion fordert nicht die Eingliederung behinderter Menschen in das System, sondern das „Verschieben von Mauern“, um sie am Alltag normal teilnehmen zu lassen. Inklusion fordert, das System so zu gestalten, dass keiner ausgeschlossen ist, jeder sich zugehörig fühlt. Dazu gehört nicht nur die Aufhebung physischer Schwellen zum Beispiel durch die Schaffung behindertengerechter Zugänge an Schulen, sondern auch die Beseitigung geistiger Mauern. „Behindert sind nicht die Menschen, sondern sie werden behindert durch Barrieren“, so Hillenbrand. Gleichzeitig machte er deutlich, dass Inklusion nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein kann. „Der Anspruch der inklusiven Bildung ist nicht etwa gleichbedeutend mit der pauschalen Abschaffung des Förderschulwesens, und es wäre absurd, den Begriff der Inklusion zum Vorwand für den Abbau sonderpädagogischer Fachkompetenz zu nehmen. Eine Billiglösung inklusiver Bildung kann und darf es nicht geben.“ Dazu bedürfe es aber auch einer Reform der Lehrerbildung für alle Lehrämter durch ein Modul Inklusion/sonderpädagogische Förderung. Ziel sei es, wirksame effektive pädagogische Maßnahmen zur Inklusion von Schülern mit Lernschwierigkeiten zu erlernen.

Die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu verbessern, gehöre genauso zu seinem Forderungskatalog wie die Verbesserung der Ausstattung. Unverzichtbar sei auch eine wissenschaftliche Begleitung, um eventuelle negative Wirkungen feststellen und korrigieren zu können! Gut habe sich in einem Modellversuch ein System aus speziellen Klassen und Schulen etabliert. Konsens sei, dass inklusive Bildung einen grundlegend veränderten Unterricht voraussetzt.

Für die CDU betonte deren Fraktionsvorsitzender Steffen Flath: „Behinderte Kinder müssen dort gefördert werden, wo dies mit den besten Erfolgsaussichten geschieht. Da kann im Einzelfall die allgemeinbildende Schule oder die Förderschule die optimale Lösung sein. Wenn Eltern den Besuch einer Regelschule für ihr Kind förderlicher halten, darf der Elternwunsch nicht so einfach vom Tisch gefegt werden.“

Sachsen gehe bereits einen eigenen Weg zur Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion, betonte Raphaela Polak, Abteilungsleiterin im sächsischen Kul-

tusministerium. So würden in den letzten Jahren verstärkt Schüler mit Lernschwierigkeiten wieder in die allgemeinbildenden Schulen integriert.

„Das Unterrichten mit individuell unterschiedlichen Lernzielen hat in den ersten Klassen der Grundschule bereits seinen Platz. Im Fachunterricht weiterführender Schulen ist lernzieldefinierter Unterricht zwar sehr schwierig, sollte aber nicht unmöglich gemacht werden“, betonte Thomas Colditz (MdL). Von Inklusion, so die Meinung der Zuhörer, könne man derzeit an weiterführenden Schulen in Sachsen noch nicht reden.

Dass die dabei entstehenden Probleme zum großen Teil noch nicht gelöst seien, betonte der Schulleiter der Schule zur Lernförderung „Am Landgraben“ in Dresden, Claus Hörrmann.

„Vielfach fehlen uns sowohl die Zeit als auch die wissenschaftlichen Voraussetzungen, um mit solchen Schülern richtig umgehen zu können. Schon der erste Kontakt mit einem solchen Kind kann zur Ablehnung der Lehrpersonen führen. Sind wir darauf ge-

nügend vorbereitet? Haben wir die Ressourcen, um diesen Schüler auch einmal aus dem Klassenverband herauszulösen und einzeln zu betreuen? Andererseits: Wer ist nicht froh, wenn sein behindertes Kind in einer ungezwungenen Atmosphäre aufwachsen darf, zusammen mit gleichaltrigen, nicht behinderten Kindern. Nur so können wir den Umgang mit einer Behinderung zur Normalität werden lassen, können wir lernen, dass eine körperliche Behinderung nicht automatisch auch eine geistige Behinderung bedeutet. Denken wir nur an den bekannten Astrophysiker Stephen Hawking, der trotz massiver körperlicher Einschränkungen bis 2009 Inhaber des Lucasischen Lehrstuhls für Mathematik an der Universität Cambridge, den einst Sir Isaac Newton innehatte, war“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende des sbb, Gerhard Pöschmann.

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des sbb-beamtenbund und tarifunion sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.4081-40, Telefax 030.4081-5599

Internet: www.dbb.de

E-Mail: magazin@dbb.de

Redaktion: Jan Brenner, Dr. Walter Schmitz (Chefredakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Petra Uhlig
Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagelmann
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht zwangsläufig auch die Meinung des dbb und der dbb Bundesleitung wieder.

Layout: FDS, Geldern

Fotos: dbb, MEV, Project Photos

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Anzeigenverkauf: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Petra Opitz-Hannen, Telefon 02102.74023-715, Fax 02102.74023-99, Anzeigentarif Nr. 14.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern



> Prof. Dr. Clemens Hillenbrand, Gerhard Pöschmann und Rita Kiriasis, stellvertretende Landesvorsitzende des SLV im VBE, auf dem Schulpolitischen Forum in Dresden.